



–Es gilt das gesprochene Wort–

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

möglicherweise wird es gleich etwas „emotionaler“ als gewöhnlich.

Deshalb beginne ich - bevor ich es im Eifer des Gefechts vergesse - mit einem herzlichen Dankeschön an unseren Kämmerer Mathias Krümpel, der mit dem Team der Kämmererei - ich nenne nur stellvertretend Herrn Wullkotte und Frau Bülhoff - den heutigen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 erstellt hat. Ein Dankeschön gilt auch den Fachbereichen, die natürlich zuarbeiten mussten.

„Emotionaler“ wird es in diesem Jahr deshalb, weil die Lage der Kommunalfinanzen im Land dramatisch ist – nicht nur bei uns in Rheine.

Auf dem Bild sehen Sie, wo in den nächsten Jahren die Reise hingeht: Bergab!



Quelle: Behördenspiegel 9/2023

Es gab ja in der letzten Woche bereits eine Berichterstattung in der Zeitung. Das Thema möglicher Steuererhöhungen wurde bereits heftig diskutiert ... Leserbrief, soziale Medien und in Gesprächen. Am letzten Wochenende war ich bei vielen Veranstaltungen, bei der Eröffnung der neuen Mitte 51, bei zwei Handwerksbetrieben in Rheine R, in der Stadthalle beim Shanty-Chor Rheine und beim Auswärtssieg der Sportfreunde Gellendorf beim FCE. Gerade gestern fand der Austausch mit den Innenstadtakteuren „Politik trifft Handel“ statt. Es war überall ein Thema!

Die vielen Gespräche - gerade in den letzten Tagen - haben mir deutlich gemacht, dass wir über diese Ratsitzung hinaus den Bürgerinnen und Bürgern transparent erklären müssen, in welcher Lage wir stecken.

Und dass ich auch in einer Haushaltsrede einfache Wahrheiten transportieren muss – kaum jemand kennt sich ja aus mit der doch recht komplexen Gemeindefinanzierung. Ich beginne mit den einfachen Wahrheiten:

1. Der Bürgermeister entscheidet nicht über eine Steuererhöhung. Das macht dieser Rat, in dem ich eine Stimme habe. Um das klarzustellen: Ich verstecke mich nicht und sage offen meine Meinung: Wenn es soweit ist und die Rahmenbedingungen haben sich nicht wesentlich verändert, dann werde ich meine Hand dafür heben, heben müssen.
2. Es ist richtig, dass wir als Verwaltung mit diesem Entwurf die Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B vorschlagen.
3. Das machen wir, weil wir gesetzlich verpflichtet sind, mit einem ausgeglichenen Haushalt zu planen.
4. Dies ist - Stand heute - erforderlich, um eine Haushaltssicherung zu vermeiden und damit handlungsfähig zu bleiben.
5. Denn das Defizit hat in den letzten Monaten durch - nicht von der Stadt Rheine beeinflussbare – externe Rahmenbedingungen die Größenordnung von rd. 32 Mio. € erreicht.
6. Haushaltssicherung bedeutet: Wir müssen dem Kreis ein Konzept zur Genehmigung vorlegen, mit dem wir in einem Zeitraum von maximal 10 Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben. Am Ende wird das nicht ohne eine Steuererhöhung gehen (wenn Land und Bund so weitermachen). So viel Luft ist im städtischen Haushalt nicht drin – der ja zum größten Teil durch gesetzliche Pflichtleistungen bestimmt wird.
7. Und: Die Sanierung des Rathauszentrums und die Vergrößerung der Stadtbibliothek haben faktisch nichts mit dem aktuellen Defizit zu tun.

Das schicke ich mal vorweg ...

Eines noch, bevor es inhaltlich weitergeht:

Einige sagen ja: „Ich muss zu Hause (oder wahlweise in der Firma) ja auch mit dem Geld auskommen, das ich zur Verfügung habe.“

Da sage ich: Das ist schon ein gutes Argument, aber es taugt allenfalls für ein Gespräch an der Theke!

Wenn nämlich fremde Personen Zugriff auf das Konto haben und eigenmächtig abbuchen können, ohne dass du dich dagegen wehren kannst, dann wird das trotz größter Anstrengungen auf Dauer unmöglich, das Konto im „Plus“ zu halten. Und erst recht, wenn dir Dritte vorschreiben können, wieviel Geld du wofür auszugeben hast.

Man merkt: Dieser Vergleich mit dem Privatkonto hinkt...

Welcher Vergleich aber nicht hinkt: Auch die Stadt Rheine leidet - wie jeder Bürger und jede Firma - unter steigenden Zinsen, allgemeinen Preissteigerungen, höheren Energiepreisen, Lieferengpässen, Baupreissteigerungen usw. Das alles trifft auch uns und wird von keinem kompensiert. Im Gegenteil: Es wird von den Kommunen erwartet, dass sie die schwierige Lage anderer „abfedern“ – aber womit? Mit welchem Geld?

Leider kann ich als Bürgermeister nicht so agieren, wie es der Bundesfinanzminister tut. Er entlastet die Wirtschaft mit dem „Wachstumschancengesetz“ – ein Milliarden-Paket! Er verschweigt dabei, dass 2/3 davon zu Lasten der Bundesländer und Kommunen geht.

Also wenn ich 2/3 meines Aufwandes in den Landes- und Bundeshaushalt hineinbuchen könnte, dann ginge mir das ein oder andere Versprechen leichter über die Lippen.

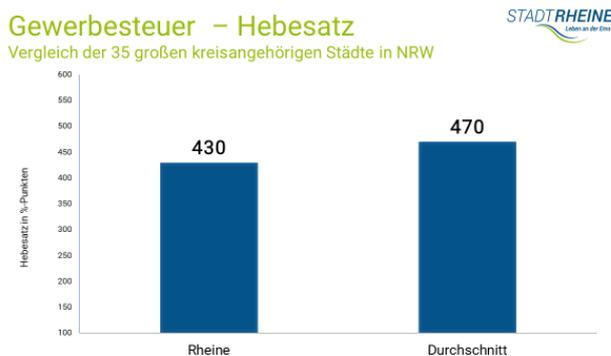
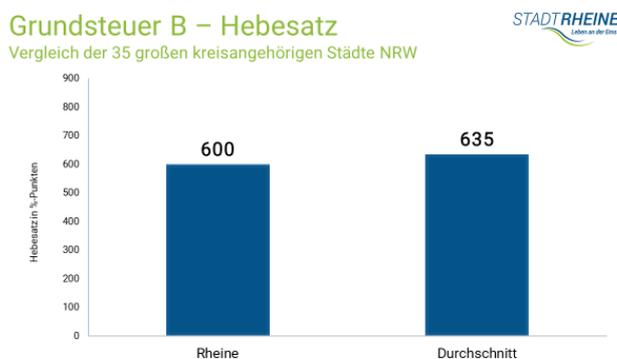
Meine Damen und Herren,

bevor ich auf die Frage eingehe, wo das aktuelle Defizit herkommt, möchte ich kurz einen Blick zurückwerfen:

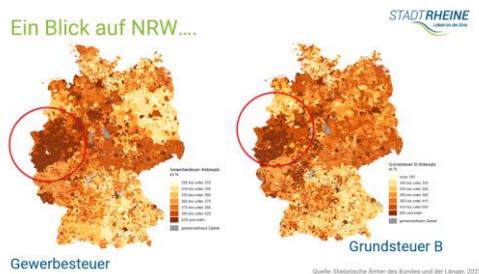


Eigentlich wäre das jetzt die Stelle, an der ich auf viele gemeinsame erfolgreiche Projekte und Investitionen hinweise, die unsere Stadt in den letzten Jahren nach vorne gebracht hat – die wir gemeinsam nach vorne gebracht haben! Das ist „kein Leben über unsere Verhältnisse gewesen“, das waren wichtige Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt! Und dabei sind wir immer im „grünen Bereich“ geblieben! In dieser Zeit: Rekordinvestitionen und Stärkung unserer Rücklagen.

Und ich rufe in Erinnerung, wo wir bislang mit unseren Hebesätzen lagen:



Wo wir gerade bei den Hebesätzen sind: Da lohnt auch ein Blick auf die Deutschlandkarte.



Da wo es rot ist, haben wir höhere Hebesätze! (NRW)

Frage: Wer glaubt daran, dass die Stadt- und Gemeinderäte in NRW mehr Freude an Steuererhöhungen haben, als anderswo in Deutschland?

Ich auch nicht!

Das ist ein Indikator dafür, dass die Kommunen in NRW strukturell unterfinanziert sind - und dass übrigens seit Jahren! Es ist deshalb nicht so stark aufgefallen, weil wir aufgrund einer florierenden Wirtschaft gute Rahmenbedingungen hatten.

Diese Zeiten sind aber auch vorbei.

Und: Das Land ist nach unserer Landesverfassung rechtlich verpflichtet, die Kommunen mit einer auskömmlichen Finanzausstattung zu versehen!

Soweit zum Rückblick.

Warum stehen wir heute mit einem 32 Mio. €-Defizit da?

Das ist eine Entwicklung der letzten Monate:

STADTRHEINE
Kommunenverbund

Startwert 2024: - 9,24 Mio. €

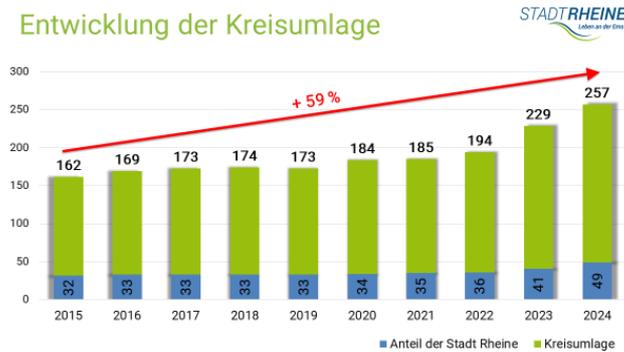
POSITIV:	NEGATIV:
Schlüsselzuweisungen + 1,91 Mio. €	Kreisumlage - 7,75 Mio. €
Gewerbesteuerumlage + 0,26 Mio. €	Veränderungen Fachbereiche - 5,78 Mio. €
Sonstige Änderungen SB 9 + 0,34 Mio. €	Personalaufwand - 4,65 Mio. €
	Stellenplanveränderungen - 1,10 Mio. €
	Gewerbesteuer - 3,15 Mio. €
	Wegfall Ukraine-Isolierung - 2,50 Mio. €
	Zinsen - 0,49 Mio. €

Aktueller Stand: - 32,15 Mio. €

Herr Krümpel wird hierzu auch noch weitere Ausführungen machen. Erster Hinweis: Sie sehen hier im Wesentlichen Entwicklungen, auf die wir als Stadt keinerlei Einfluss haben.

Ich beschränke mich auf zwei Themen, die ich etwas genauer vorstellen möchte: Die Kreisumlage und der Personalaufwand.

Zunächst zur Kreisumlage:



Und nun zum Personalaufwand:

Grundsätzlich haben wir selber den Personaletat in der Hand, aber das auch nur bedingt.

Die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst sorgen für Gehaltserhöhungen bei unseren Beschäftigten. Für jeden Einzelnen: schön! Aber das Thema fällt uns jetzt auf die Füße und das nicht nur einmal.

Die Personalaufwendungen allein bei uns machen einen zusätzlichen Aufwand von 4,65 Mio. € aus.

Kommunalverwaltungen sind personalintensive Branchen. Wir finanzieren nicht nur die eigenen Stellen, sondern über die Kreisumlage auch die des Kreises. Und der Kreis finanziert über die Landschaftsverbandsumlage die Stellen beim LWL.

Beim Kreis Steinfurt wird der laufende Personalaufwand vermutlich um 11,8 Mio. € steigen; daran sind wir mit rund 20 % beteiligt, also weitere knapp 2,4 Mio. €.

Darin sind noch nicht die Personalaufwendungen enthalten, die für neue Stellen beim Kreis hinzukommen.

Der LWL rechnet mit Mehraufwendungen beim Personal aufgrund des Tarifabschlusses von 201 Mio. €. Daran ist der Kreis mit rund 5 % beteiligt, also wir ebenfalls über die 20%ige Kreisumlage mit 2,1 Mio. €.

Das macht mal eben einen Mehraufwand beim Personal von gut 9 Mio. € - von einem Jahr auf das nächste!

Und nicht zu vergessen: Tarifsteigerungen bei Drittanbietern, wie z. B. im Kita-Bereich, lassen unsere Jugendamtskosten steigen.

Mit dem Stellenplanentwurf für das Jahr 2024 ist der Verwaltungsvorstand deshalb sehr radikal unterwegs. Wir wollen Ihnen und Euch nicht die Bedarfsanmeldungen aus den Fachbereichen vorenthalten. Sie machen alle Sinn. Wir als Verwaltungsvorstand sind aber der Meinung, dass wir uns in diesen Zeiten hier auf das absolut Notwendige beschränken müssen.

Der Netto-Stellenzuwachs für das nächste Jahr beträgt 3,2 Stellen (Entwurf). Bei den zeitlich befristeten Stellen reduzieren wir um insgesamt 4 Stellen. Wir können so in der Gesamtbetrachtung einen weiteren Stellenaufbau vermeiden!

Eine kleine Anekdote aus der Anfangszeit als Bürgermeister: Kurz nach Amtsantritt stand ja schon der Haushaltsplanentwurf 2016 an: Er sah gegenüber dem Vorjahr einen Stellenzuwachs um gut 10 Stellen vor; die Gesamtzahl der Stellen lag bei knapp 493 Stellen. Unserem Fachbereichsleiter habe ich damals mit auf den Weg gegeben: Die zusätzlichen 10 Stellen trage ich mit, aber wir müssen sehen, dass wir nicht über 500 Stellen kommen.

Das war für mich immer so etwas wie eine „Schallmauer“... So denke ich, so denken wir im Verwaltungsvorstand. Keiner von uns definiert sich über die Anzahl der Mitarbeiter. Der Aufgabenzuwachs, für den in aller Regel der Gesetzgeber verantwortlich war und ist, hat dazu geführt, dass wir bis heute ungefähr 120 neue Stellen eingerichtet haben – übrigens ein Großteil der Stellen bei der Feuerwehr.

Und wir haben als Verwaltungsvorstand in jedem Jahr die Zahl der angeforderten Stellen gedrückt. Die Gemeindeprüfungsanstalt bescheinigt uns im Vergleich zu anderen vergleichbaren Kommunen eine unterdurchschnittliche Personalausstattung. *(aus der Vorlage zum Stellenplan: Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW hat im Kennzahlenvergleich der großen kreisangehörigen Kommunen für das Jahr 2020 festgestellt, dass die Personalintensität der Stadtverwaltung Rheine im interkommunalen Vergleich gering ist und auch die Personalquote 2 (Vollzeitstellen je 1.000 Einwohner/-innen) einen niedrigen Kennzahlenwert erzielt.)*

Und ich muss sagen, dass geht allmählich in vielen Bereichen „auf die Knochen“ und führt zu Sand im Getriebe. Wir machen das mit. Aber das geht zu Lasten der Standards, und die Fehlerhäufigkeit wird sich erhöhen. Aber auch hier geht es in bestimmten Bereichen auch an die Grenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und manchmal auch darüber hinaus. Mitarbeitende sind heute wechselbereit; das Angebot ist so groß, dass man sich aussuchen kann, wo man arbeitet. Wir stellen heute schon fest, dass es in bestimmten Bereichen kaum noch Personal gibt, und man muss kein Prophet sein, um zu sehen, dass das bald nicht mehr leistbar ist. Wenn unser Bundeswirtschaftsminister einen Bürokratieabbau für unsere Wirtschaft will, dann müssen sich die Innenminister endlich mal um den Bürokratieabbau in den Verwaltungen kümmern. Wir leiden auch! Und die Kolleginnen und Kollegen in den Stadtverwaltungen sind häufig der „Prellbock“, weil sie dem Bürger die zum Teil unsinnige Bürokratie erklären müssen.

Zurück zum Gesamtdefizit:

In einer solchen Größenordnung von minus -32 Mio. € droht unmittelbar die Haushaltssicherung.

Stand heute geht es nach Ansicht der Verwaltung deshalb nicht ohne eine Anhebung der Hebesätze bei der Grundsteuer B und bei der Gewerbesteuer. Dabei sollen beide Steuerarten zur Deckung beitragen und zwar in einem Verhältnis von $\frac{3}{4}$ Gewerbesteuer und $\frac{1}{4}$ Grundsteuer B.

Die Steuererhöhung soll nur den Betrag einbringen, mit dem wir den Schwellenwert zur Haushaltssicherung unterschreiten können. Wir benötigen ungefähr ergebniswirksame Veränderungen i. H. v. rd. 20 Mio. €.

Das ergibt - Stand heute - die Hebesätze von 570 % bei der Gewerbesteuer und 770 % bei der Grundsteuer B.

Sollte sich in den nächsten Wochen noch etwas zum Positiven drehen, weil das Schreiben an den Ministerpräsidenten vielleicht doch auf Resonanz stößt, würden wir das natürlich einsetzen, um die Hebesätze wieder nach unten zu drücken.

Warum sind wir so vorgegangen?

Steuererhöhungen sind bei der Konjunkturlage eigentlich nicht zu vermitteln.

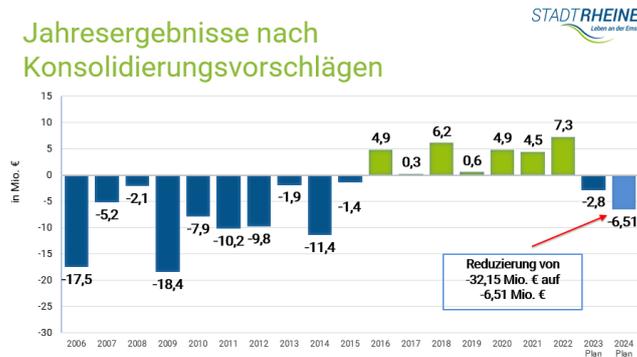
Aber die letzte Gewerbesteuererhöhung liegt 12 Jahre zurück. Und die letzte Erhöhung der Grundsteuer B wurde 2014 (wirksam für 2015) beschlossen.

Tendenziell dürften auch Gewerbesteuern durch die Grundsteuerreform des Bundes eher entlastet werden. Das können wir im Moment aber noch nicht beziffern. Ich habe nicht selten bei Veranstaltungen und Haushaltsreden auf unseren niedrigen Hebesatz bei der Gewerbesteuer hingewiesen, und ich bin auch

davon überzeugt, dass der Gewinn (der ja besteuert wird) bei den Unternehmen in unserer Stadt gut aufgehoben ist, weil sie sich mit ihrem Unternehmen zukunftsfähig aufstellen müssen.

Aber bei der Ausgangslage ist bei allen Bemühungen zu Einsparungen auch ein großer Schritt auf der Ertragsseite zu machen. Das gefällt uns nicht und ist für uns das letzte Mittel der Wahl.

Trotz der Steuererhöhungen verbleibt ein Defizit von 6,5 Mio. €. Nur mit einer Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gelingt uns der - allerdings rein fiktive - Haushaltsausgleich.



Bei der Darstellung des Defizites ist hoffentlich deutlich geworden, dass wir hier fremdbestimmt sind.

Nur exemplarisch ... Beispiele, wie Bund und Land Politik zu Lasten der Kommunen machen.

Die Stichworte lauten hier **Kita und OGS**:

Seit 2015 sind die Aufwendungen für Kitas und Tagespflege kontinuierlich gestiegen. Der Aufwand lag im Jahr 2015 noch bei rund 20 Mio. € und unser städtischer Anteil damals bei rund 10 Mio. €.

2023 sprechen wir von 40 Mio. € Aufwand und fast 20 Mio. € als städtischer Anteil. Das ist alles gesellschaftlich erwünscht, aber auch fast eine Verdoppelung der Belastungen des städtischen Haushaltes.

Der 2013 eingeführte Rechtsanspruch auf einen Betreuungs-Platz zeigt die gesellschaftlich gewünschte Wirkung: Die Nachfrage und Betreuungsquote ist gestiegen. Die fiskalischen Auswirkungen zeigen sich aber vor allem in den kommunalen Haushalten. Es wird immer schwieriger, Investoren und Träger zu finden. Wir nehmen aufgrund einer unzureichenden Finanzausstattung durch das Land kommunales Geld in die Hand, um überhaupt noch die Ansprüche erfüllen zu können.

Der nächste Rechtsanspruch ist beschlossen. Ein klassisches Beispiel eines Beschlusses auf Bundesebene zulasten Dritter, nämlich der Kommunen. So soll nun ab dem 1. August 2026 nach und nach der aus der Jugendhilfe abgeleitete Rechtsanspruch auf Betreuung in der Grundschule eingeführt werden.

Bis zum heutigen Tage gibt es kein Raumprogramm, keine Personalvereinbarung, kein Signal wie dieser Rechtsanspruch refinanziert werden soll.

Was es dafür gibt?

Das Ignorieren vieler kommunaler Stimmen, dass wir mit diesem Rechtsanspruch Schiffbruch erleiden werden. Der Rechtsanspruch kommt also und wo das Personal herkommen soll ist auch völlig unklar. Die Belastung des städtischen Haushaltes ist schon enorm. Noch problematischer ist, dass der Staat auf allen Ebenen Vertrauen verliert, wenn Versprochenes nicht eingehalten werden kann. Und wer davon profitiert,

das wissen wir alle. Der ewige Ausbau unserer Anspruchsgesellschaft muss zumindest da aufhören, wo wir ihn nicht erfüllen können. Es geht nicht nur um Geld, es geht um Vertrauen in staatliches Handeln.

Die Liste lässt sich fortführen: Beispiele für Aufgabenübertragungen durch den Bund und Land ohne ausreichende Refinanzierung gibt es mehr als genug.

Leider komme ich nicht umhin auch beim Thema Migration sowohl die Landesregierung NRW als auch die Bundesregierung zu kritisieren. Im Spätsommer 2022 mussten wir - die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis Steinfurt - zunächst die Landesregierung darauf hinweisen, dass wir ein Problem haben. Bis dahin war von der hierfür zuständigen Ministerin überhaupt nichts zu diesem Thema zu hören. Nachdem wir uns also Gehör verschafft haben, wurde von der Ministerin die Schaffung von 35.000 zusätzlichen Plätzen in Landeseinrichtungen bis Frühjahr 2023 zugesagt.

Das ist mit Blick auf die Lage im Jahr 2015 und die Zahl der Plätze, die damals in Landeseinrichtungen bereitgestellt wurden, schon nicht viel. Aber selbst das wurde bis heute nicht eingehalten. Der gerade verkündete 6-Punkte-Plan der Ministerin ist - ich muss es so hart formulieren - ein schlechter Witz.

Wir brauchen kein erweitertes Kommunikationskonzept; eine verbesserte Lagebilderstellung kann man machen, löst das Problem aber nicht.

Und auch die im 6-Punkte-Plan gefeierte 1:1-Anrechnung von Schutzsuchenden auf die Erfüllungsquote der Standortkommune einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) wird so dargestellt, als sei es der „Wunsch aller Kommunen“. Das hilft nur den Standortkommunen und dem Land, geeignete Flächen zu finden.

Zur Wahrheit gehört aber auch: diese Anrechnung verschärft den Unterbringungsdruck in allen anderen Kommunen.

Die Kommunen fühlen sich vom Land alleingelassen. Es reicht nicht aus, wenn die Landesregierung ein guter Anwalt kommunaler Interessen in Berlin ist. Das Land ist hier in der Pflicht.

Aber dem Land muss man zugutehalten, dass der Zuzug nur vom Bund gesteuert und begrenzt werden kann.

Um das gleich klarzustellen: Mir geht es nicht um die Menschen, die mit einer klaren Bleibeperspektive zu uns kommen, die einen Anspruch auf Asyl haben oder die Kriegsflüchtlinge sind. Für die müssen wir alle gemeinsam gute Rahmenbedingungen für eine vernünftige Unterbringung schaffen. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit, und ich nehme hier einen breiten gesellschaftlichen Konsens war.

Der Zuzug von Menschen, die offensichtlich keine Bleibeperspektive haben, muss aber begrenzt werden und dafür ist nun mal der Bund zuständig. Auch hier bislang nur „Fehlanzeige“. Ich gehöre nicht zu den Personen, die behaupten, es gebe einfache Lösungen. Auch und vor allem die Europäische Union ist gefordert, die noch nicht einmal in der Lage ist, für eine gleichmäßige Verteilung zu sorgen.

Das Mindeste, was die Kommunen aber bei dieser Ausgangslage verlangen können, dass eine auskömmliche Finanzausstattung zur Verfügung gestellt wird.

Wenn - parteiübergreifend - nahezu alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Land sagen „Wir sind am Limit“, dann sollte man diese Stimmen ernst nehmen.

Auch hier geht es nicht nur ums Geld. Ich befürchte, wenn der Bund hier nicht für eine Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sorgt, von Personen, die offensichtlich keine Bleibeperspektive haben, dann

wird in der Bevölkerung bald auch die Akzeptanz für diejenigen schwinden, die auf unseren Schutz dringend angewiesen sind. Das darf nicht passieren!

Meine Damen und Herren,

es nützt ja nichts ... wir können natürlich Weckrufe in Richtung Land und Bund schreien. Ob das erfolgreich sein wird ... da wäre ich mal nicht zu euphorisch. Die Kommunen sind nun mal das letzte Glied in der Nahrungskette.

Dennoch können wir ja jetzt nicht in eine Schockstarre verfallen. Bei den aktuellen Konjunkturaussichten ist das jetzt nur der Beginn einer Saure-Gurken-Zeit.

Und darauf müssen wir reagieren, Standards diskutieren und hinterfragen und wir müssen priorisieren.

Ich plädiere dafür, dass wir uns natürlich einer Aufgabenkritik stellen und Einsparpotentiale identifizieren. Dabei müssen wir aufpassen, dass wir unsere Stadt danach auch wiedererkennen. Das Einsparen von Kleinstbeiträgen, die aber enorm wichtig für unser Zusammenleben sind, sollten wir uns nicht antun. Der kostenlose Museumsbesuch ruiniert nicht unseren Haushalt und selbst die Abschaffung der Sport- und Kulturförderung würde uns haushaltstechnisch nicht nach vorne bringen.

Was wir uns näher ansehen sollten, dafür möchte ich jetzt ein paar konkrete Beispiele nennen:

Was bedeutet die aktuelle Finanzsituation für den Klimaschutz?

Klimaschutz
Prioritäten sind wichtig!

STADT RHEINE
Leben an der EMS



Die kommunale Finanzausstattung wird in den nächsten Jahren für viele Bereiche - somit auch für den Klimaschutz - der limitierende Faktor sein. Das bedeutet nicht, dass wir unsere Bemühungen einstellen sollen. Aber es bedeutet: Wir müssen stärker priorisieren! Wir müssen uns konzentrieren auf die Dinge, die etwas bringen! Und wir müssen noch finanziellen Spielraum für Maßnahmen haben, die unsere Stadt widerstandsfähiger gegen Klimafolgen machen. Wir müssen neben dem Klimaschutz auch die Klimafolgenanpassung finanzieren: Sonne, Wind, Wärmeplanung und Wasserstoff gehören in den Fokus.

Schmückendes Beiwerk, wie bürokratisch aufwändige Kleinstförderungen, Schaufensterveranstaltungen, oberlehrerhafte Aufklärung der Bürgerschaft über die richtige Lebensweise und auch die aufwendige Bilanzierung der Treibhausgase, heruntergebrochen auf unsere Stadt: Das alles frisst Ressourcen, die wir besser einsetzen können und sollten.

Das alles sollte nicht mehr zum Kerngeschäft einer Kommune gehören. Wir müssen auch mal mutig hinterfragen, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Die Transformationskosten auf dem Weg zur Klimaneutralität treffen nicht nur die Wirtschaft, sie treffen auch die Kommunen.

Und wer Wachstum für etwas grundsätzlich Böses hält, den frage ich: Woher soll das Geld für diesen Transformationsprozess unserer Gesellschaft denn kommen?

Eines ist klar: der in der Häufigkeit zunehmende Starkregen wird uns kein Geld in die Stadtkasse spülen!

Ich rufe einen weiteren Punkt auf, wohl wissend, dass hier bereits eine politische Entscheidung gefallen ist, aber am Ende müssen wir alle gemeinsam Einsparpotentiale benennen, die in der Summe geeignet sind, die Hebesätze zu drücken.

Sporthalle an der neuen Elsa



Hier hatte die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie vorgeschlagen, um mögliche Einsparungen bei der Sporthalle zu prüfen. Das wollte auch die Politik. Gemacht, getan: das Ergebnis der Machbarkeitsstudie lag vor, der Rahmen wurde von der Politik - bekanntlich - nicht ausgeschöpft.

Südeschule / Konradschule



Der Beschluss des Schulausschusses ist ein weiteres Beispiel.

Die Verwaltung hatte gut begründet vorgeschlagen, den erhöhten Raumbedarf nur am Standort der Südeschule zu realisieren. Ein Vorschlag, der gegenüber der Beibehaltung des Standorts der Konradschule 6 Mio. € weniger gekostet hätte. Bekanntlich hat der Schulausschuss die 3 + 1-Lösung beschlossen. Also drei Züge an der Südeschule und einen an der Konradschule, bei der die Kinder der Konradschule den offenen Ganzttag dennoch an der Südeschule verbringen müssen.

„Kurze Beine - kurze Wege“ war die einzige Begründung.

Schulfachliche, schulorganisatorische Gründe sprachen und sprechen dagegen.

Das Investitionsvolumen beläuft sich für die 3 + 1-Lösung auf rund 27 Mio. €.

Ich hatte damals angeregt, auch den Standort Overbergschule mit in die Prüfung einzubeziehen. Das wurde mit dem Hinweis auf den Vertrag mit der Waldorfschule politisch nicht weiter diskutiert. Die Waldorfschule ist ausgezogen. Auch wenn wir hier bereits einen politischen Beschluss haben, stelle ich die Frage, warum wir jetzt nicht diese Option ernsthaft prüfen?

- Viele Klassenräume der Overbergschule wurden vor kurzem saniert.
- Der Standort bietet alles, um ein zukunftsfähiger Standort eines Grundschulzentrums zu werden (Konradschule und Südschule würden hier Platz finden, Sporthalle, Sportfreigelände, großer Schulhof, Mensa - also auch OGS tauglich).
- Die Investitionen dürften nur einen Bruchteil von der jetzt eingeschlagenen Lösung ausmachen.
- Mit zwei Kitas in der Eschendorfer Aue dürfte dieses Gebiet künftig das Haupteinzugsgebiet sein.
- Der Schulstandort Elte würde gestärkt.
- Das eingesparte Geld stünde für andere Schulsanierungen zur Verfügung.

Keiner schließt gerne einen Grundschulstandort. Und es gibt nicht viele hier im Raum, die mit der Südeschule und Konradschule emotional enger verbunden sind, als ich es bin.

Drei Generationen meiner Familie haben diese Schulen besucht - mich eingeschlossen. Aber hier geht es nicht um eine emotionale Entscheidung, sondern um die Frage, wo die Grundschule der Zukunft für diese Stadtteile ihren besten Platz findet.

Das müssen wir rational entscheiden und deshalb gehört für mich diese Entscheidung erneut auf den Prüfstand, auch wenn nicht unerhebliche Planungskosten für die jetzige Variante entstanden sind.

„Kurze Beine – kurze Wege“: das ist doch nur ein Schlagwort. Es ersetzt nicht die Auseinandersetzung mit ernsthaften Argumenten.

Ein letztes Beispiel:

Nahverkehrskonzept
Standards hinterfragen?

STADT RHEINE
Lernen an der Rhein



Wir sind aktuell gefordert, ein Nahverkehrskonzept zu erstellen. Auch hier geht es darum, Standards zu hinterfragen und auch den Gesichtspunkt der Auslastung unseres Stadtbusverkehrs stärker einzubeziehen. Was heißt das konkret?

Wir müssen hinterfragen, ob wir uns den Morgensprinter noch leisten wollen. Auch die Randzeiten des Stadtbusverkehrs gehören auf den Prüfstand. Die Taktung an sich ist ein Erfolg in Rheine, aber müssen wir auch die letzte Stunde mit (fast) leeren Bussen fahren? Das ist für mich schon eher die Kategorie „Luxus“.

Das sind jetzt nur ein paar Beispiele, die deutlich machen sollen, in welchen Dimensionen wir - meiner Ansicht nach - bei den kommenden Haushaltsplanberatungen denken sollten. Wir sollten uns nicht im Kleinklein verlieren.

Wir müssen alles dafür tun, die jetzt vorgeschlagenen Hebesätze gemeinsam wieder zu reduzieren. Aber erste Pflicht ist es, eine Haushaltssicherung zu vermeiden, die zum Verlust der kommunalen Handlungsfähigkeit führen würde. Ob es uns gelingt, können wir heute noch nicht abschließend sagen.

Eines ist aber sicher:

Bund - Land - Kommune

STADT RHEINE
Lernen an der Spitze



Wenn Bund und Land so weitermachen, kommt es in diesem Land zur flächendeckenden Handlungsunfähigkeit der Kommunen.

Das Geld ist das eine. Aber es geht um mehr!

Hier vor Ort, bei uns in den Städten und Gemeinden, hier wird sich entscheiden, ob gesellschaftlicher Zusammenhalt auch in Zukunft gelingt. Bund und Land dürfen deshalb die Städte und Gemeinden nicht weiter im Regen stehen lassen. Eine kommunalfreundliche Politik auf diesen Ebenen ist kein Luxus, sondern sie bildet das Fundament für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft!